

Mobilfunkgegner kritisieren die Stadt

Transparente gegen Antenne im Bezirk West – Stadt verweist auf niedrige Belastungswerte



Die Bürgerinitiative „Der Mast muss weg!“ hat 20 Transparente rund um die Pauluskirche aufgehängt und kündigt für das kommende Jahr zentrale Aktionen gegen neue UMTS-Masten an. Der Stadt liegen zurzeit fünf Anträge auf neue Masten vor.

Von Susanne Janssen

Rund um die Pauluskirche im Stuttgarter Westen hängen nicht nur weihnachtliche Dekorationen und Lichterketten, sondern auch 20 Transparente: „Mobilfunk macht krank“ ist darauf zu lesen. Oder: „UMTS – uns reicht's.“ Mit den Bannern will die Bürgerinitiative Der Mast muss weg, die sich gegen eine Sendestation an der Bismarckstraße und überhaupt gegen neue Antennen richtet, über Weihnachten Präsenz zeigen. Die Transparente wurden aus Spenden finanziert, „viele Bürger spenden lieber an uns als für die Kirche“, sagt Sprecher Peter Hensinger.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative werden nicht müde, wenn es darum geht, gegen die Mobilfunkmasten mobil zu machen. „Wir werden von der Stadt ziemlich geschädigt“, drückt es Peter Hensinger aus. Im kommenden Jahr solle der Protest gegen die Stadt und die evangelische Kirche, die das Gebäude in der Bismarckstraße als Antennenstandort vermietet hat, intensiviert werden. Außerdem sei für den März eine gemeinsame Aktion aller Stuttgarter Mobilfunkgegner geplant. Im April solle dann eine Veranstaltung im Rathaus stattfinden.

Hensinger kritisiert, dass es in Stuttgart keine Regelung für die Antennenstandorte gebe – und dass, wo jetzt für die UMTS-Technik noch zahlreiche neue Sendeanlagen benötigt würden. Jeder Anbieter könne seine Antenne errichten, wo er will. „Wir fordern, dass die Stadt wie in München bei der Planung mitredet“, sagt er. Ähnliche Modelle würden in Iserlohn oder Attendorn praktiziert. Die Stadt argumentiere immer, sie habe keinen Einfluss; „Dann muss sie sich eben auf die Hinterbeine stellen und den Einfluss einfordern.“ Die Grünen hätten jetzt eine Anhörung im Unterausschuss beantragt.

Bürgermeister Matthias Hahn hingegen erklärt, der Gemeinderat habe immer noch ein Auge auf die Antennenstandorte. Die viel gelobte Münchner Lösung sehe nur vor, dass die Stadt verstärkt kommunale Gebäude zur Verfügung stelle. „Die Grenzwerte werden nur zu fünf Prozent ausgeschöpft“, betont Hahn. In der Bismarckstraße und am Burgholz, wo es besonders starke Proteste gebe, seien es nur ein Prozent. Hahn räumt ein, dass die ursprünglichen Pläne der Stadt, 200 Meter Sicherheitsabstand zu Schulen, Kindergärten und Altenheimen einzuhalten, nicht mehr aktuell seien: „Es hat sich gezeigt, dass die Strahlung von der Richtung der Antenne abhängt“, sagt er und verweist erneut auf die niedrigen Grenzwerte.

Die Umrüstung auf UMTS sei schon fast abgeschlossen: „Meist werden einfach alte Antennen durch neue UMTS-Sender ersetzt“, erklärt Matthias Hahn. Insgesamt gebe es rund 650 Antennenstandorte in der Stadt. Derzeit lägen nur fünf Pläne für UMTS-Masten vom Anbieter O2 vor, vier davon auf freiem Feld in Plieningen, Botnang, Luginsland und auf der Rohrer Höhe.

Protest gegen Antennen wächst

Keine Beweise

Von Susanne Janssen

In den Handygeschäften herrscht auch in diesem Advent wieder Hochbetrieb, fast 90 Prozent aller Bundesbürger besitzen ein Mobiltelefon – und dennoch wächst der Protest der Menschen gegen die Sendeanlagen, die auf Hausdächern und großen Masten thronen. Die Stadt Stuttgart hat sich klammheimlich davon verabschiedet, auf Sicherheitsabstände zu dringen, wie es früher noch am runden Tisch zum Thema Mobilfunk propagiert wurde. Inzwischen seien die 200 Meter Abstand von Kindergärten, Schulen und Altenheimen nicht mehr notwendig, weil die Grenzwerte um ein Vielfaches unterschritten würden, heißt es.

Da ist es kein Wunder, dass die Bürger verunsichert sind – und dass die Bürgerinitiativen, die gegen die Sendemasten in der Nähe ihrer Wohnhäuser kämpfen, großen Zulauf haben. Auf der einen Seite steht eine große Mehrheit, die Handys selbstverständlich nutzt und auch daheim, beim Waldspaziergang und beim Einkaufsbummel besten Empfang haben will. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe der Handyverweigerer: Menschen, die Angst vor den unsichtbaren Strahlen haben und deshalb um die eigene Gesundheit oder die ihrer Kinder fürchten. Schlafstörungen, Tinnitus oder Kopfschmerzen werden von ihnen in Zusammenhang mit der modernen Technik gebracht.

Die Stadt verweist derweil auf die geltenden Grenzwerte, die zum Teil laut Messungen der Mobilfunkbetreiber drastisch unterschritten werden. Sie verweist auf Mediziner, die im Auftrag der von den Mobilfunkbetreibern finanzierten Informationsstelle in Berlin die Sendemasten für unbedenklich erklären und darauf aufmerksam machen, dass in den 80er-/90er-Jahren durch die Angst vor Chemikalien ähnliche Krankheitssymptome konstatiert wurden wie heute in Zusammenhang mit den Antennen. Die Mobilfunkgegner indes führen Studien an, die Gehirnveränderungen und Krebserkrankungen auf die Strahlen zurückführen. Diese Studien genügen jedoch meist nicht wissenschaftlichen Ansprüchen.

Wahr ist, dass bis jetzt niemand die Gefährlichkeit oder die Unbedenklichkeit der Strahlen beweisen kann: der Zeitraum der Mobilfunknutzung ist noch viel zu kurz, um Langzeitauswirkungen festzustellen. Deshalb sollte die Stadt die Bedenken der Bürger ernster nehmen – und nicht vorschnell den Aufbau jeder Antenne absegnen.